

OFFENER BRIEF DES ADAWIS VOM 16. FEBRUAR 2010: ***Eine Reform des „Bologna-Prozesses“ muss auch die deutsche Sprache in Forschung und Lehre wieder stärken!***

Zusammenfassung und Bericht

Autor: Hermann H. Dieter,

Stellvertretender Vorsitzender des ADAWIS e. V.

Der Offene Brief vom Februar 2010

Den vollständigen Wortlaut des Briefes und die zugehörige Pressemitteilung vom 16.02.2010 finden Sie unter **Aktuelles** am Netzstandort des *Arbeitskreises Deutsch als Wissenschaftssprache*:

<http://www.adawis.de/admin/upload/navigation/data/Brief%20Minister%20Bologna%202010.pdf>

<http://www.adawis.de/admin/upload/navigation/data/Brief%20Minister%20Bologna%20PM%202010.pdf>

In seinem Offenen Brief vom 16. Februar 2010 an die Wissenschaftsminister aller 16 Bundesländer sowie an die Bundesbildungsministerin wies der Vorstand des *Arbeitskreises Deutsch als Wissenschaftssprache* (ADAWIS) e.V. auf einen Aspekt der so genannten „Bologna-Reform“ hin, der bislang kaum beachtet wurde: die Notwendigkeit einer aktiven Sprachenpolitik in Zeiten der Internationalisierung. ADAWIS fordert die Adressaten auf, diesen Aspekt bei einer „Reform der Reform“ mit zu bedenken. Über 50 namhafte Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erhielten eine Kopie des Briefes.

Sein Ausgangspunkt ist der Aufruf der **Erklärung von Bologna** zur „Achtung vor der Vielfalt der Kulturen, Sprachen und Bildungssysteme“. Dieser Anspruch hätte unsere Hochschulen von Beginn an zu klaren sprachenpolitischen Konzepten statt zu einer Umstellung auf die Einheitssprache Englisch führen müssen.¹

Dementsprechend sollten sich nach den Vorstellungen von ADAWIS sprachenpolitische Konzepte für Forschung und Lehre im Inland aktuell auf **sechs Handlungsansätze konzentrieren:**

- *Muttersprachler: In Forschung und Lehre Landessprache pflegen*
- *Ausländische Gäste: Landessprache erlernen*
- *Kurzaufenthalte von Gastwissenschaftlern: rezeptive Mehrsprachigkeit fördern*
- *Lehrveranstaltungen: grundsätzlich in der Landessprache (mit Ausnahmen).*
- *Abschlussarbeiten: grundsätzlich in der Landessprache (mit Ausnahmen).*
- *Unterstützung von Autoren und Verlagen bei der Herausgabe deutschsprachiger Lehrwerke sowie bei deren Übersetzung ins Englische.*

¹ Bereits im Juli 2001 hatte es einen Offenen Brief eines Sozial-, eines Politik- und eines Naturwissenschaftlers (Vilmar F, Simonis EU, Dieter HH) und 34 weiterer Unterzeichner gegeben. Die Antworten auf den Offenen Brief vom Juli 2001 wurden unter dem Titel „**Verantwortungslose Enthaltensamkeit, oder: Die Wissenschaftstauglichkeit unserer Landessprache ist für unsere Wissenschaftspolitiker kein Thema**“ vom damaligen Mitunterzeichner und Autor dieses Berichtes zusammengefasst. Der Bericht ist unter <http://www.adawis.de/admin/upload/navigation/data/Dieter,%20Offener%20Brief.pdf> bei ADAWIS einsehbar.

Bericht

Antworten der für Wissenschaft zuständigen Ministerien der Länder auf den Offenen Brief von ADAWIS vom 16.02.2010 und ihre Bewertung durch ADAWIS

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|--|--------------|
| A. Summarische Kurzbewertung aller Antworten | S. 2 |
| B. Die Antworten und ihre Bewertung durch ADAWIS | |
| B.1 Bund (BMBF) | S. 3 |
| B.2 Baden-Württemberg | S. 4 |
| B.3 Berlin | S. 4 |
| B.4 Hamburg | S. 4 |
| B.5 Mecklenburg-Vorpommern | S. 5 |
| B.6 Niedersachsen | S. 6 |
| B.7 Nordrhein-Westfalen | S. 7 |
| B.8 Rheinland-Pfalz | S. 7 |
| B.9 Saarland | S. 8 |
| B.10 Sachsen | S. 8 |
| B.11 Thüringen | S. 9 |
| C. Zusammenfassung aller Antworten (Tabelle) | S. 10 |
| D. Wissenschaftssprache Deutsch – Wie lange noch? | S. 11 |
| E. Ein aktueller positiver Ausblick | S. 11 |

A. Summarische Kurzbewertung aller Antworten:

Aus Bayern, Hessen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Schleswig-Holstein erhielten wir trotz Erinnerungsschreiben vom Mai 2010 keine Antworten. Die Antworten der anderen Ministerien gingen mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen und Berlin auf die Vorschläge von ADAWIS nur selten konkret ein. Stattdessen sind zumeist allgemeine Äußerungen die Regel, die

- *die Situation entweder grundsätzlich verharmlosen oder*
- *sich zunächst zwar zur deutschen Sprache oder zur „Vielsprachigkeit“ bekennen, jedoch nur, um dann die Dominanz des Englischen im Inland entweder hinzunehmen oder sie gar als Zeichen von Vielsprachigkeit zu begrüßen.*
- *Zwischen der Lage in den Naturwissenschaften und der in den Geisteswissenschaften wird wohl absichtlich nur gelegentlich unterschieden.*

Eine tabellarische Zusammenfassung der Antworten finden Sie auf Seite 9.

B. Die Antworten² und ihre Bewertung durch ADAWIS

B.1 Die Antwort aus dem BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung):

Im Auftrag von Bundesministerin Annette Schavan verweist Frau Ilona Heuermann-Busch, Referat 416 des BMBF (*Internationaler Austausch im Hochschulbereich, Internationalisierung*), in einer Email vom 3. Mai 2010

- auf die „Gemeinsame Erklärung von AvH, DAAD, GI und HRK“ vom 18. 2. 2009 (<http://www.daad.de/portrait/presse/pressemitteilungen/2009/10005.de.html>) sowie
- auf die jeweils gesonderten Positionspapiere
 - a. der Alexander von Humboldt-Stiftung (Sprachenpolitische Leitlinien vom 25.01.2010, http://www.humboldt-foundation.de/pls/web/docs/F15106/sprachenpolitische_leitlinien.pdf) und
 - b. des Deutschen Akademischen Austauschdienstes („Deutsch als Wissenschaftssprache“ vom 25.02.2010, <http://www.daad-magazin.de/imperia/md/content/presse/memorandum.pdf>)

die auch die von ADAWIS genannten Kernanliegen im Wesentlichen enthalten.

Bewertung der Antwort aus dem BMBF durch ADAWIS:

Frau Heuermann-Busch verweist lediglich auf Worterklärungen Dritter. Anlass zum Handeln, gar zum eigenen Handeln der Bundesministerin, sieht sie nicht.

*Die zitierte „Gemeinsame Erklärung Deutsch als Wissenschaftssprache der Präsidenten von AvH, DAAD, GI und HRK“ vom 18. 2. 2009 plädiert für eine „mehrsprachige Wissenschaft“ und deckt sich somit mit wesentlichen Forderungen des ADAWIS. Wo diese Erklärung jedoch zwischen Deutsch und Englisch **Komplementarität** statt Konkurrenz sieht, hat dies nach Beobachtung von ADAWIS mit der Realität wenig zu tun. Laut Untersuchungen verlassen zum Beispiel ausländische Gäste das Land oft mit weniger Deutschkenntnissen, als sie zu Beginn ihres Aufenthaltes aufweisen konnten. ADAWIS hat in einer Presseverlautbarung die „Gemeinsame Erklärung“ entsprechend kritisch kommentiert:*
<http://www.adawis.de/admin/upload/navigation/data/ADAWIS%20zu%20PM%20des%20DAAD.pdf>

² Die ungekürzten Antworten sind auf Wunsch beim Autor H. H. Dieter einsehbar (zu erreichen über info@adawis.de).

B.2 Die Antwort aus Baden-Württemberg:

MR Stefan Walter antwortet für Minister Frankeberg - nach einem Erinnerungsschreiben von ADAWIS - am 30. 6. 2010. Die Antwort ist sehr kurz. Das Ministerium

- *„...legt Wert auf die Verwendung einer klaren deutschen Sprache.“*

Allerdings sei

- *„...die wissenschaftliche Welt, wie schon der Begriff andeutet, auf eine Verständigung angewiesen, der heutzutage in vielen Fällen die englische Sprache zugrunde liegt.“*

Bewertung der Antwort aus Baden-Württemberg durch ADAWIS:

Dies ist eine nur schlecht versteckte Ablehnung sämtlicher Anliegen des ADAWIS und weiterer kritischer Gedanken zu dem Fragenkomplex. MR Walter deutet nicht einmal an, dass es hier die Möglichkeit eines Problems geben könnte. Konsequenterweise fehlen auch Lösungs- oder wenigstens Absichtserklärungen.

B.3 Die Antwort aus Berlin:

Es antwortet - nach einem Erinnerungsschreiben von ADAWIS - überraschend konkret Staatssekretär Dr. H.-G. Husung (nicht mehr im Amt) am 17. 06. 2010.

Er dankt herzlich für das Schreiben und hält es ebenfalls für richtig

- *„...dass unsere Sorge darauf gerichtet sein muss, die deutsche Sprache weiter im Hochschul- und Wissenschaftsleben zu erhalten.“*

Daher

- *„...freuen wir uns, dass Sie mit Ihrer Initiative dieses Thema in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken.“*

Das Land Berlin fordere deshalb z.B., dass

- *„...bei Anträgen und Gutachten der 3. Förderlinie der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder die deutsche Sprache vorzusehen ist, soweit dabei der Grundsatz der Gleichbehandlung der antragstellenden Universitäten im Begutachtungsverfahren gewährleistet werden kann.“*

Bewertung der Antwort aus Berlin durch ADAWIS:

Das Problembewusstsein und die konkreten Forderungen des Landes Berlin sind rundum zu begrüßen. Unklar ist, ob die geforderte Maßnahme auch für die Naturwissenschaften gelten soll. Jedenfalls kann sie nur Erfolg haben, wenn deutschsprachige Bewerbungen logistisch und ideell unterstützt werden. Ansonsten könnten nämlich immer wieder sehr schnell „Zweifelsfälle“ bei der Begutachtung vorgeschoben werden, um den Gebrauch des Englischen zu rechtfertigen.

B.4 Die Antwort aus Hamburg:

Senatorin Dr. Herlind Gundelach antwortet - nach einem Erinnerungsschreiben des ADAWIS - am 7. 6. 2010 persönlich. Sie meint, dass

- *„...die Internationalisierung von Studienprogrammen der Pflege der Nationalsprachen nicht entgegensteht,“*
- *„...es vielmehr darum geht, Mehrsprachigkeit zu erhalten und zu fördern.“*

Sie ist aber dagegen,

- *„...dass Lehrveranstaltungen grundsätzlich auf Deutsch stattfinden und Abschlussarbeiten auf Deutsch abzufassen sind,“*

denn es gebe

- *„...eine Fülle von Studiengängen, die zeigen, dass es (...) auch förderlich sein kann, sich „in einer anderen Sprache als der Muttersprache zu qualifizieren“.*

Im Übrigen sei Sprache

- *„...etwas sehr Lebendiges“ und vertrage deshalb auch in der Hochschullehre „keine sprachpolitischen Konzepte, denn diese könnten Kreativität, Innovation und Fortschritt hemmen.“*

Bewertung der Antwort aus Hamburg durch ADAWIS:

Zunächst beteuert die Feststellung am Beginn des Briefes, es gebe doch gar kein Problem: Selbstverständlich widersprechen sich Internationalisierung und Pflege der Nationalsprachen keineswegs. In der Praxis – so etwa in der Lehre an deutschen Univer-
sitäten – ist dies jedoch tatsächlich der Fall. Die anschließenden Aussagen lassen vermuten, dass die Senatorin genau diesen Widerspruch, wie er real existiert, doch unausgesprochen anerkennt.

Die linguistisch unhaltbare Natur-Metapher „Sprache ist etwas sehr Lebendiges“ kann sprachpolitische Enthaltbarkeit „natürlich“ nur schlecht bis gar nicht begründen. Die Senatorin weiß das wahrscheinlich und rückt daher sprachpolitische Konzepte in die Nähe von Zwängen, die alles, was uns in der Wissenschaft lieb und teuer ist, zerstören könnten.

Davon, dass ihre Fundamentalopposition gegen jede Art von Sprachpolitik etwa den Zwang unterstützt, Abschlussarbeiten auf Englisch abzufassen, und damit selbst einen Zwang darstellt, lenkt sie geschickt ab, indem sie hier nicht von Englisch redet, sondern lediglich - nicht einmal ganz unrichtig - von „einer anderen Sprache als der Muttersprache“. Wenn sie glaubt, die Verwendung einer Fremdsprache für die Abschlussarbeit könne für die inhaltliche Qualifikation förderlich sein, zeigt sie, dass sie über die Zusammenhänge zwischen Denken und Sprache schlecht informiert ist. Im Übrigen hat sie die Forderungen des ADAWIS nicht gründlich gelesen, in denen fremdsprachige Lehre und Abschlussarbeiten in bestimmten Zusammenhängen ja ausdrücklich befürwortet werden.

B.5 Die Antwort aus Mecklenburg-Vorpommern:

Dr. Thomas Behrens antwortet – nach einem Erinnerungsschreiben von ADAWIS – am 8. Juni im Auftrag von Minister Tesch und unterstützt die Handlungsansätze von ADAWIS. Insbesondere bei Tagungen im Inland, Publikationen, Studienprogrammen und selbst in der Wissenschaftsadministration gebe es

- *„...durchaus Bedenken gegen eine unreflektierte Verwendung von Englisch als ‚lingua franca‘.“*

Stattdessen sollten

- *„...die Wissenschaftler möglichst differenziert mehrere Sprachen neben Englisch beherrschen, denn die Wissenschaftswelt sei grundsätzlich multilingual.“*

Allerdings sei

- *„...die Dominanz des Englischen in den Natur- und bald wohl auch in den Ingenieurwissenschaften nicht mehr aufzuhalten oder gar rückgängig zu machen.“*

Aber

- *„...in den anderen Gebieten wäre eine solche Dominanz schädlich.“*

Bewertung der Antwort aus Mecklenburg-Vorpommern durch ADAWIS:

Die Antwort ist vielversprechend, lehnt sie doch die unreflektierte Verwendung von Englisch als „lingua franca“ und als Ersatz für Mehrsprachigkeit ab. Doch nur in den Geisteswissenschaften sei eine Dominanz des Englischen, wie sie in den Natur- und bald wohl auch Ingenieurwissenschaften nicht mehr rückgängig zu machen sei, schädlich. Aus Sicht des ADAWIS ist die Aufgabe der Mehrsprachigkeit jedoch in jenen Fächern, in denen die Deutung der Natur oder Anwendungsaspekte im Mittelpunkt stehen, ebenso prekär.

Der Dominanz des Englischen in diesen Wissenschaften steht das Ministerium also zwar nicht positiv, aber gleichgültig bis ratlos gegenüber. Damit ist Mecklenburg-Vorpommern unbewusst genau so konzeptionslos wie andere (z. B. Hamburg) bewusst aus vorgeblich besserer Einsicht.

B.6 Die Antwort aus Niedersachsen:

Lutz Stratmann, Niedersächsischer Minister für Wissenschaft und Kultur, gibt in seinem Schreiben vom 17. 3. 2010 an ADAWIS zu erkennen, dass er weiß,

- „...dass Publikationen in einzelnen Disziplinen vornehmlich in Englisch erfolgen“,

und dass

- „...einzelne Studiengänge gezielt auf das Englische setzen“, um eine größere internationale Sichtbarkeit zu erreichen“.

Auch unterliege die Veröffentlichung von Aufsätzen bisweilen

- „...Sachzwängen, die „eine Ausschließlichkeit des Deutschen nicht vorsieht“ (sic).

Er meint aber, gerade bei geisteswissenschaftlichen Themen

- ...gelte es, die Verwendung der deutschen Sprache einzufordern, denn „viele dieser Fächer wären ohne die deutsche Sprache nicht denkbar bzw. erforschbar“.

Eine qualitativ hochwertige Forschung müsse sich andererseits

- „...über Ländergrenzen hinweg austauschen und in anderen Sprachen“ kommunizieren.

Selbstverständlich können und sollen aber

- „...deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Möglichkeit haben, ihre Erfahrungen und Forschungsergebnisse in ihrer Muttersprache zu kommunizieren“,

denn

- ...internationaler Austausch und interne Kommunikation könnten nebeneinander bestehen, wenn das Deutsche „als Kultursprache in der Wissenschaft“ und die „Verwendung weiterer Sprachen“ gepflegt würden.

Bewertung der Antwort aus Niedersachsen durch ADAWIS:

Es ist positiv zu vermerken, dass der Minister in verschiedenen Disziplinen die Verwendung der deutschen Sprache einfordert und dass er den deutschen Wissenschaftler(inne)n die Möglichkeit belassen will, in ihrer Muttersprache zu kommunizieren.

Es bleibt jedoch offen, was er dafür tun will, dass diese Möglichkeiten nicht immer weniger werden und irgendwann nur noch Kantinen- und Freizeitgesprächen vorbehalten bleiben.

Mit der etwas rätselhaften Negativfeststellung von den „Sachzwängen, die eine Ausschließlichkeit des Deutschen nicht vorsieht“, kann der Minister positiv nur das Gegenteil gemeint haben, nämlich Sachzwänge, die ausschließlich das Englische vorsehen. Welcher Art diese Sachzwänge sein könnten und ob sie seiner Meinung überall oder vielleicht nur in internationalen Handlungskontexten vorherrschen, bleibt offen.

B.7 Die Antwort aus Nordrhein-Westfalen:

Minister Pinkwart (nicht mehr im Amt) antwortete persönlich am 31. 3. 2010 und kann

- *„...die Sorge um den Erhalt der deutschen Sprache in der Wissenskommunikation, insbesondere der Hochschullehre, nachvollziehen.“*

Er lehnt aber staatliche Eingriffe ab, denn

- *„...entsprechende Auseinandersetzungen sind im Wissenschaftssystem selbst zu führen, für die keine einfachen Lösungen im Raume stehen.“*

Der Zielkonflikt zwischen dem „unverzichtbaren“ Erhalt der Muttersprache und der internationalen Anschluss- bzw. Kommunikationsfähigkeit sei

- *„...nicht durch staatliche Vorschriften zu lösen, denn dies belaste solchermaßen notwendige Verständigungsprozesse“.*

Trotzdem positioniere sich das Land zu diesem Thema, denn

- *...seit 2010 lobe es „jährlich einen Preis zur Förderung der deutschen Sprache in den Wissenschaften“ aus.*

Unklar bleibt, ob dieser Preis (von der neuen rot/grünen Landesregierung mittlerweile zurückgezogen) Arbeiten **auf** Deutsch oder **über** die deutsche Sprache hätte würdigen sollen.

Bewertung der Antwort aus Nordrhein-Westfalen durch ADAWIS:

In Nordrhein-Westfalen sieht man zwischen Internationalität und Muttersprache einen ernst zu nehmenden Zielkonflikt und verfällt damit dem Missverständnis, Internationalität könne mit der Ausblendung aller Sprachen außer der englischen gleichgesetzt werden. Aus der Auflösung dieses Konflikts müsse sich die Politik jedoch heraushalten. Der Preis zur Förderung der deutschen Sprache in den Wissenschaften (welchen?), wirkt damit wie ein verzweifelt Alibi. Mittlerweile (Februar 2011) ist uns bekannt, dass die rot-grüne Landesregierung diesen Preis ohnehin nicht ausloben wird, es also lediglich bei der Absicht des vorigen Ministers geblieben ist.

B.8 Die Antwort aus Rheinland-Pfalz:

Staatssekretär M. Ebling antwortet - nach einem Erinnerungsschreiben von ADAWIS - am 5. 7. 2010 für Ministerin Doris Ahnen. Er stimmt zunächst ADAWIS darin zu, die

- *„...deutsche Wissenschaftssprache zu fördern und weiter zu entwickeln.“*

Wie ADAWIS sieht er hier auch

- *„...keinen Gegensatz zur Förderung der sprachlichen Vielfalt in Forschung und Lehre.“*

Wenn jedoch

- *„...aus der Förderung des Deutschen eine Art „Diffamierung von Englisch“ als Zusatzsprache würde, müsste er dem widersprechen, denn das Englische sei für die internationale Wahrnehmbarkeit notwendig.“*

Als Konsequenz verlangt er zumindest eine aktive Zweisprachigkeit Deutsch/Englisch, nach Möglichkeit eine

- *„...zusätzliche Kenntnis, mindestens Lesefähigkeit, weiterer Fremdsprachen.“*

Bewertung der Antwort aus Rheinland-Pfalz durch ADAWIS:

Die Förderung der sprachlichen Vielfalt ist auch in Rheinland-Pfalz als Ziel erkannt worden. Die de facto bestehende Hegemonie des Englischen im inländischen Wissenschaftsbetrieb wird jedoch offenbar nicht wahrgenommen. Denn anderenfalls könnte nicht die Idee entstehen, die Förderung des Deutschen könnte sich zu einer „Diffamierung des Englischen“ entwickeln.

Die Antwort sagt nicht, wie Rheinland-Pfalz die sprachliche Vielfalt in Forschung und Lehre fördern will. Doch die Antwort enthält auch einen positiven Aspekt, der allen anderen fehlt: die positive Würdigung der Lesefähigkeit in mehr Sprachen als nur der eigenen und der englischen.

B.9 Die Antwort aus dem Saarland:

Minister Hartmann antwortet - nach einem Erinnerungsschreiben von ADAWIS - am 1. 6. 2010 persönlich.

Er betont, im Saarland seien,

- ... „deutschsprachige Studiengänge i. S. des Bologna-Prozesses die Regel.“

Ausländische Studierende müssten deshalb

- „...die erforderlichen Deutschkenntnisse nachweisen. Einige wenige englischsprachige Master-Studiengänge seien Zeichen einer erwünschten akademischen Mehrsprachigkeit.“

International werde das Deutsche

- „...desto erfolgreicher, je besser die wissenschaftlichen Leistungen seien und je mehr Gäste zu uns kommen.“

Dabei spiele die Kommunikationssprache keine Rolle, wenn

- „...gleichzeitig die eigene Sprache dabei noch stärker als bisher bewusst gepflegt werde.“

Bewertung der Antwort aus dem Saarland durch ADAWIS:

Im Saarland folgt aus Bologna offenbar Deutsch als Lehrsprache, selbst für Ausländer. Dass im Saarland von ausländischen Gästen, die längere Zeit in Deutschland bleiben, Deutschkenntnisse verlangt werden, ist ein Lichtblick; denn dies ist in anderen Bundesländern keineswegs selbstverständlich. Akademische Mehrsprachigkeit trete allerdings schon dann ein, wenn Englisch hinzukäme.

Die These, die deutsche Sprache werde international desto erfolgreicher, je besser unsere wissenschaftlichen Leistungen seien, ist spekulativ und für die Vergangenheit längst widerlegt. Eine „bewusste“ Pflege des Deutschen im internen Wissenschaftsbetrieb wird zwar angemahnt, Vorschläge für Anreize zu einer solchen Pflege fehlen jedoch.

B.10 Die Antwort aus Sachsen:

Im Auftrag des Ministers antwortet - nach einem Erinnerungsschreiben von ADAWIS - Ministerialdirigent Dr. Werner besonders ausführlich am 23. 6. 2010.

Er stellt zunächst fest, und fasst dies am Schluss auch so zusammen, dass

- „...das „Erfordernis, die Lehre an deutschen Hochschulen grundsätzlich in der ‚hiesigen Muttersprache‘ anzubieten, mehrere Dimensionen hat“, die
- „...in der Wissenschaftsgemeinschaft einen offenen Diskurs“ über ein ‚wissenschaftliches‘ Sprachenregime erforderlich machen.“

Diesen Diskurs könne

- „...die Wissenschaftsverwaltung nicht in Gänze steuern.

Werner hält dies jedoch

- „...dort für nötig, wo wissenschaftlich interessierte Personen, nur weil sie kein Englisch können, vom Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft ausgeschlossen würden.“

Die Wissenschaft sei der Gesellschaft diesen Dialog schon

- „...aus Loyalitätsgründen und zur Legitimation der staatlichen Finanzierung schuldig.“

Im Bereich der Lehre

- „...müssten die Studenten zwar einerseits auf den internationalen Dialog vorbereitet werden,“
- ... andererseits hänge „das wissenschaftliche Wissen und Können nicht von der Fähigkeit zur Beherrschung einer oder mehrerer Fremdsprachen ab.“

Dies sei gerade für

- „...Prüfungen relevant, die in Fremdsprachen zu absolvieren sind.“

Bewertung der Antwort aus Sachsen durch ADAWIS:

Das Ministerium sieht offensichtlich keinen Anlass zu politischem Handeln, sondern verlässt sich auf einen „offenen Diskurs“ über ein „wissenschaftliches Sprachenregime“ innerhalb der Wissenschaft. Wie wir jedoch leider wissen, ist ein solcher Diskurs selbst ansatzweise nirgendwo in der Wissenschaftsgemeinschaft zu erkennen. Immerhin ist man sich in Sachsen dessen bewusst, dass das Beherrschen der englischen Sprache kein Indikator für die wissenschaftliche Qualität der mitgeteilten Ergebnisse ist.

Lediglich im Bereich des gesellschaftlichen Dialogs erkennt das Ministerium eine politische Verantwortung teilweise an, doch sprachen- oder bildungspolitische Konsequenzen für das eigene Handeln fehlen auch hier.

Als Ziel der Lehre hebt Dr. Werner die Vorbereitung auf einen „internationalen Dialog“ hervor, weiß aber, dass die Beherrschung von Fremdsprachen nichts über Fähigkeiten oder Wissen aussagt. Wie in Niedersachsen und Hamburg scheint es dabei eine Dominanz des Englischen im Inland gar nicht zu geben. Worum es in dem „offenen Diskurs in der Wissenschaftsgemeinschaft“ dann überhaupt noch gehen könnte, bleibt also letztlich offen.

B.11 Die Antwort aus Thüringen:

Dr. Christoph Meier, Thüringisches Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (TMBWK), antwortet am 23. 3. 2010 für das Ministerium, dass die Internationalisierung

- „...keine Entschuldigung dafür sein dürfe, die eigene Muttersprache nicht zu pflegen.“

Allerdings dürfe dadurch

- „...die schnelle Verbreitung wissenschaftlicher Ergebnisse nicht behindert werden.“
- In der Lehre, auf die sich der Bologna-Prozess ja beziehe, müsse allerdings „grundsätzlich die Muttersprache Vorrang haben.“

Bewertung der Antwort aus Thüringen durch ADAWIS:

Erfreulich sind das eindeutige Bekenntnis zum Vorrang der Muttersprache in der Lehre sowie die Einsicht, dass Internationalisierung und Pflege der Muttersprache sich nicht ausschließen müssen. Dass durch Pflege der Muttersprache „die schnelle Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse“ nicht behindert werden soll, ist jedoch selbstverständlich.

Sollte allerdings Herr Dr. Meier beide Ansprüche unhinterfragbar in einer negativen Beziehung zueinander sehen, könnte die Pflege der Muttersprache möglicherweise dem Geschwindigkeitsanspruch zum Opfer fallen. Dazu äußert er sich jedoch nicht.

C. Zusammenfassung aller Antworten (Tabelle):

| Herkunft der Antwort ↓ | Dominanz des Englischen als Problem erkannt? | politische Verantwortung erkannt? | Maßnahmen (neben Appellen zur „Mehrsprachigkeit“) | Vorschläge von ADAWiS positiv bewertet? |
|-------------------------------------|--|-----------------------------------|--|---|
| BMBF Seite 3 | Ja | Nein | Verweis u.a. auf „Verbände-Erklärung“ | ? |
| Baden-Württemberg Seite 4 | Nein | Nein | Keine | Nein |
| Berlin Seite 4 | Ja | Ja | Exzellenzinitiative Anträge (auch) auf Deutsch | Ja |
| Hamburg Seite 4 | Nein | Nein | Keine | Nein |
| Mecklenburg-Vorpommern Seite 5 | Ja | Nein | Keine | Ja |
| Niedersachsen Seite 6 | Nein („Sachzwang“) | Nein | Keine | Nein |
| Nordrhein-Westfalen Seite 7 | Ja | Nein | Förderpreis für die deutsche Sprache in den Wissenschaften (zurückgezogen) | Nein |
| Rheinland-Pfalz Seite 7 | Ja oder nein ? | Nein | Keine | Ja |
| Saarland Seite 8 | Ja | Verweis auf Bologna-Prozess | Keine | ? |
| Sachsen Seite 8 | Ja | zum Teil (außerwissenschaftlich) | Keine | ? |
| Thüringen Seite 9 | Ja | Verweis auf Bologna-Prozess | Keine | ? |
| Keine Antworten kamen aus... | Bayern, Hessen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Schleswig-Holstein | | | |

D. Wissenschaftssprache Deutsch – wie lange noch?

Wissenschaft, auch Naturwissenschaft, ist heute ein vitaler Tätigkeitsbereich jeder Nation. Dürfen deren Bürger zulassen, dass er sich zunehmend von der Landessprache abkoppelt, so dass neue Erkenntnisse in der Landessprache bald nicht mehr fassbar wären?

Bedeutet der Verzicht auf die Muttersprache im Wissenschaftsalltag wirklich keinerlei Hemmnis und Qualitätsverlust bei der schöpferischen Arbeit?

Die Antworten auf den Offenen Brief von ADAWIS vom 16.02.2010 und auch bereits auf seinen Vorläufer von 2001 Offener Brief vom Juli 2001 zeigen: Die Bildungspolitik steht unseren Fragen immer noch überwiegend teilnahmslos bis abwehrend gegenüber.

Wenn in Lehre und Forschung, Wissenschaftsförderung und Wissensaustausch die Landessprache zweitrangig wird, verliert sie langfristig ihre Wissenschaftstauglichkeit und kann auch dem Informationsanspruch der Gesellschaft nicht mehr gerecht werden, die sie finanziert.

Wir alle sind nicht nur Staatsbürger, sondern auch „geborene“ Wissenschaftler: Kaum zur Welt gekommen, fangen wir an, sie zu erkunden. Nur durch Gebrauch und Weiterentwicklung von Anfang an bleibt unsere Alltagssprache wissenschaftstauglich. Wenn sie schon bei der Ausbildung marginalisiert wird, ist sie für die späteren Berufsjahre kompromittiert. Auch der Lehrbetrieb an den Schulen wird dann bald nur noch auf Englisch möglich sein. Die in den Kindergärten und Grundschulen um sich greifende Fokussierung auf Englisch tut ein Übriges, um diese verheerende Entwicklung zu fördern.

Es lohnt sich, auf die zweite Hälfte des vergangenen Jahrhunderts zurückzuschauen. Das damalige harmonische Nebeneinander der nationalen Wissenschaftssprache Deutsch und der internationalen Wissenschaftssprache Englisch hatte sich bestens bewährt und kann durchaus als Modell für die heutige Zeit dienen.

E. Aktueller positiver Ausblick

Vom 10. bis 12. Januar 2011 fand in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing eine in jeder Beziehung herausragende Tagung „Deutsch in der Wissenschaft“ statt, an der sich auch Mitglieder des ADAWIS aktiv beteiligten. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hielt den Eröffnungsvortrag „Politik. Und Sprache“. Führende Vertreter von Politik, Wissenschaft und Wissenschaftsorganisationen setzten sich anschließend in Vorträgen und Diskussionen mit der künftigen Rolle des Deutschen in der Wissenschaft und den Chancen wissenschaftlicher Mehrsprachigkeit auseinander.

Die Initiatoren der Tagung, die Herren Prof. Ehlich und Prof. Meyer, legten das auch bei ADAWIS unter <http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=1797> verfügbare Abschlussdokument vor. Es steht in erfreulich positivem Kontrast zu dem Eindruck von Gleichgültigkeit, den die Antworten der Wissenschaftspolitik auf unseren Offenen Brief vom 16. Februar 2010 und auch schon die Antworten auf den Brief vom Juli 2001 hinterlassen haben.